Wohnen und Wählen

Zum Einfluß von Hauseigentum auf die Wahlentscheidung

Hartmut Häußermann

Universität Bremen, Postfach 330440, D-2800 Bremen 33

Manfred Küchler

Graduate Center der City University of New York, Manhattan, NY, USA

Zusammenfassung: Ausgehend von der kontroversen britischen Diskussion über den Einfluß von Wohneigentum auf die Wahlentscheidung und eine damit möglicherweise verbundene Redefinition primärer politischer Konfliktlinien, wird diese Fragestellung für die (alte) Bundesrepublik Deutschland untersucht. Anknüpfend an die historische Wohnfrage werden wohnungspolitische Positionen und die Entwicklung von Wohneigentum im Nachkriegsdeutschland skizziert sowie die sozioökonomische und persönliche Bedeutung von Wohneigentum regional-spezifisch diskutiert. Eine empirische Analyse auf Grundlage des kumulierten ALLBUS-Datensatzes (1980–1990) belegt einen von den etablierten Erklärungsfaktoren (Schicht, religiöse Bindung, Alter) unabhängigen, jedoch nach Region variierenden statistischen Zusammenhang von Wohnform und Wahlentscheidung.

1. Hauseigentum und politische Einstellungen

Darüber, welche Form des Wohnens für die Menschen in der „modernen“ Gesellschaft angemessen sei, hat es in der Hochphase der Industrialisierung grundlegende Kontroversen gegeben: Der sozialistischen Position, nach der der Privatbereich weitestgehend vergesellschaftet und Wohnungen als Infrastruktur wie Straßen oder Kanalisation öffentlich bereitgestellt werden sollten, stand die „bürgerliche Wohnungsreform“ gegenüber, die die Einheit von Familie und Wohnung zum Kern ihrer Strategie zur Integration des Proletariats in die bürgerliche Gesellschaft machte. Seinen idealen Ausdruck fand dieses Ziel schon immer im Eigenheim, also in der Identität von Eigentum und Familie. Die frühliberale Grundidee, daß nur derjenige selbstbestimmt leben und Teil des souveränen Volkes sein könne, der über Eigentum verfüge, wirkt in dieser Ideologie gleichsam als Karikatur des wirtschaftlich selbständigen Bürgers weiter.

Die Überzeugung, daß Eigentum an Boden und Haus, gleichsam als Substitut für produktives Vermögen, eine nachhaltige Wirkung auf das Gesellschaftsbild und das politische Bewußtsein von Lohnabhängigen habe, wurde im 19. Jahrhundert von bürgerlichen Reformern und von sozialistischen Revolutionären geteilt. Dies wird an der Philippika deutlich, die Friedrich Engels in seiner Artikelserie „Zur Wohnungsfrage“ gegen die Vorschläge veröffentlicht hat, Hauseigentum auch bei Arbeitern zu verbreiten. Er fürchtete, daß damit

„beschränkte, kriechende, duckmäuserische Sklavenseelen“ entstünden und sah in den Kleineigentümern „das allerreaktionärste Element der Gesellschaft“ (Engels 1872: 226).

An die Hoffnung, daß Engels Recht habe, knüpfte nach dem 2. Weltkrieg die Wohnungspolitik der konservativen Parteien in der Bundesrepublik an. Die Förderung der Eigentumsbildung im Wohnbereich ist seit den Anfängen der Bundesrepublik einer der Pfeiler der Gesellschaftspolitik. Mit der Eigentumsförderung sollte ein „Bollwerk gegen den Kommunismus“ (Bundesbauminister Lücke), zumindest aber gegen den „Kollektivismus“ der SPD errichtet werden, die Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ gesichert und die „Verwurzelung“ der Menschen vertieft werden. Die SPD hingegen setzte sich für eine stärkere Staatsintervention zugunsten des massenhaften Mietwohnbaus ein. In der sozialdemokratischen Konzeption war der öffentlich geförderte Mietwohnungsbau wichtiger Bestandteil einer Strategie, die staatliche soziale Sicherung der lohnabhängigen Massen umfassend auszubauen.

Hinter diesen unterschiedlichen Orientierungen standen grundsätzliche Differenzen hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Bürger. Während die konservativ-liberalen Ordnungsvorstellungen, wie sie sich in Regierungspolitik und Gesetzgebung ausdrückten, eine Mischung aus liberalen Prinzipien bürgerlicher Selbstbestimmung und paternalistischer Fürsorge darstellten, strebten die linken Parteien den Aufbau umfassender staatlicher Garantien für eine Existenzsicherung auch

der Besitzlosen an. In den gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen ließen sich zumindest bis zum Ende der 50er Jahre also noch durchaus jene Kontroversen in der „Wohnungsfrage“ erkennen, die im 19. Jahrhundert zu erbitterten und unversöhnlichen Auseinandersetzungen geführt hatten. Die grundsätzlichen Differenzen lassen sich schlagwortartig so zusammenfassen: Eigentumsförderung und Individualisierung der Existenzsicherung einerseits, staatlich subventionierte Wohnungsvergung als kollektive Existenzsicherung andererseits.

In der politischen Praxis verschwammen diese Konturen jedoch zusehends, denn einerseits erreichte unter den konservativen Regierungen der öffentlich geförderte Mietwohnungsbau in der Frühphase der Bundesrepublik Rekordergebnisse, und andererseits dehnten auch die sozial-liberalen Regierungen in den 70er Jahren die Förderung der Eigentumsbildung zu Lasten des sozialen Mietwohnungsbaus weiter aus. Ist die Kontroverse damit erledigt? Oder handelt es sich um einen jener politischen Prozesse, die, einmal eingeleitet, sich selbst verstärken und damit (gleichsam nach einem Kippeffekt) unumkehrbar geworden sind? Anders formuliert: Kann es sich, nachdem die Zahl der Haushalte, die im Wohneigentum leben, eine kritische Größenordnung erreicht hat, keine wie auch immer politisch gefärbte Regierung mehr leisten, den „Block der Wohnungseigentümer“ zu provozieren und die Eigentumsförderung zurückzuschrauben zugunsten einer stärker sozial orientierten Politik, in der der größte Teil der öffentlichen Förderung in den subventionierten Mietwohnungsbau für klar eingegrenzte Gruppen von Niedrigverdienern fließt? Daß die bisherige Wohnungsbauförderung in Form von Steuerverzichten und Finanzierungssubventionen eine Umverteilung von unten nach oben darstellt, ist inzwischen eindeutig nachgewiesen (vgl. Ulbrich 1980; 1992).

Die Gegnerschaft zur Förderung der individuellen Eigentumsbildung im Wohnungswesen, der Glaube an die Integration in die bürgerliche Gesellschaft durch Eigentumsförderung, die Hoffnung auf die Kultivierung konservativer Werthaltungen, die These von an die Eigentumsform gebundenen politischen Interessen – all diese Positionen unterstellen mehr oder weniger explizit einen Zusammenhang zwischen politischer Einstellung und rechtlicher Position als Wohnungsbesitzer (Eigentümer oder Mieter).

Dieser Zusammenhang ist unseres Wissens, obwohl regelmäßig mit entsprechenden Vermutun-

gen politisch argumentiert und agiert wird, für die Bundesrepublik bisher nie empirisch getestet worden. Aus einer Sekundärauswertung entsprechender Umfragedaten wollen wir in diesem Aufsatz entsprechende Befunde präsentieren. Bevor wir die Ergebnisse der Datenanalyse vorstellen, wollen wir aber die Fragestellung noch in zwei Schritten fundieren: Erstens soll ein Blick auf die englische Diskussion ihre gesellschaftspolitische Bedeutung unterstreichen, zweitens sollen einige Überlegungen zu den unterschiedlichen Situationen von Hausbesitzern und Mietern angestellt werden, die Grundlage einer Interessendifferenz sein könnten.

2. Wählen hausbesitzende Arbeiter konservativ?

2.1 Die Diskussion in England

Vor allem in England wird über die politische Wirkung der zunehmenden Verbreitung von Wohneigentum seit längerer Zeit heftig diskutiert. Anlaß waren grundlegende Verschiebungen von Parteipräferenzen, die bislang dominierende Erklärungsmuster des Wahlverhaltens auf der Grundlage einer sozioökonomischen Gliederung („class voting“) in Frage stellten. Die Wählerbasis der Labour Party unterliegt einer lang anhaltenden Erosion, und die früher enge Beziehung zwischen Arbeiterklasse und Labour Party hat sich gelockert oder zumindest komplexere Formen angenommen. Zur Erklärung dieses Phänomens wurden alternative Theorien entwickelt. Danach haben sich quer zu den traditionellen Klassenlagen – empirisch bestimmt durch eine Kombination von Indikatoren wie beruflicher Stellung, Bildung und Einkommen – neuartige Fragmentierungen herausgebildet, die durch Konsumpositionen bzw. Konsumstile definiert sind, und die – auch in der traditionellen Arbeiterschicht – unabhängig von der Schichtzugehörigkeit die Wahlentscheidung zugunsten der Konservativen beeinflussen (insbesondere Dunleavy 1979: 419).

Vergleichbar dem Konzept der „horizontalen Disparitäten“ (vgl. Offe 1969), nach dem Ungleichheitsstrukturen nicht nur durch Marktprozesse oder Eigentumsverhältnisse, sondern auch durch staatliche Politik generiert werden, wurden im „Konsumsektorenkonzept“ neuartige Fragmentierungen angenommen, die sich aus den Effekten staatlicher Politik und den Einstellungen dazu ergeben. Als grundlegende divergierende Orientie-

rungen wurden dabei kollektivistische Orientierungen den eher individualistischen gegenübergestellt. Konsumbereiche, in denen solche Einstellungen relevant werden, sind das Gesundheits- und das Erziehungswesen, das Nachrichten- und Transportwesen sowie insbesondere die Wohnungsverorgung. In allen diesen Bereichen hat die Labour Party immer eine staatliche Dominanz befürwortet, die Konservativen haben unter Thatcher diese Struktur bekämpft und die Privatisierung in allen Bereichen vorangetrieben – zugunsten von mehr „Eigenverantwortlichkeit“ und „privater Initiative“, gegen den „lähmenden“ und „bevormundenden“ Wohlfahrtsstaat. Sie haben insbesondere den Neubau von „council houses“ (gemeindeeigene Mietwohnungen) gestoppt und bestehenden Wohnraum in großem Umfang an die Mieter verkauft. Dieser Politik haben einige prominente Wahlforscher große – wenn nicht gar die ausschlaggebende – Bedeutung für die Erfolge der Konservativen zugeschrieben. Individuellem Wohneigentum wird große (zumindest symbolische) Bedeutung für einen ideologischen Kontext zugeschrieben, in dem kollektive Vorsorge einen geringen Stellenwert einnimmt. Einen derartigen Zusammenhang zwischen der Struktur der Wohnungsverorgung und der Struktur des Wohlfahrtsstaats hat Kemeny (1981, 1992) in einem internationalen Vergleich bestätigt gefunden: Hohe Eigentumsquoten gehen in der Regel einher mit einem niedrigen Niveau kollektiver Daseinsvorsorge.

Englische Autoren betonen auch immer wieder die Risiken, die mit dem individuellen Hauskauf verbunden sind. Bei hoher Arbeitslosigkeit bzw. in Phasen einer Hochzinspolitik ist die Zahl der Zwangsverkäufe bzw. -versteigerungen jeweils erheblich angestiegen (vgl. Karn et al. 1986). Zwar stieg in der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 80er Jahre die Zahl der Zwangsversteigerungen von Hauseigentum dramatisch an, aber empirische Untersuchungen zeigten, daß weniger Arbeitslosigkeit dabei eine herausragende Rolle spielte als die wenig seriöse Beratung und Finanzierung durch Kreditinstitute (vgl. zusammenfassend: Biehnen 1989). Der Immobilienmarkt ist in England weit beweglicher als in Deutschland, und das Spekulieren auf Gewinne durch die Beteiligung am Immobilienhandel mit Hilfe von Konsumentenkrediten ist – anders als in Deutschland – möglich. Insgesamt ist in England die Kapitalbeschaffung für den Immobilienkauf sehr viel einfacher, weshalb das durchschnittliche Alter von Erstwerbenden auch sehr viel niedriger liegt und die Finanzierungen weit riskanter sind.

Dies hat zwar die rasche Erhöhung der Eigentumsquote auch bei Arbeiterhaushalten ermöglicht, aber eben auch zur Instabilität beigetragen. Und da die konservative Regierung insbesondere die Arbeiterhaushalte zum Erwerb aufgefordert und durch sehr günstige Angebote verlockt hat, wird sie natürlich auch für das Scheitern verantwortlich gemacht. Dies hat die Eigentumsfrage in ganz anderer Weise politisiert als dies in Deutschland der Fall ist.

2.2 Verändert Hauseigentum die Klassenlage?

Die historische Annahme von Linken und Rechten, daß Hauseigentum bei Arbeitern zu konservativer Orientierung führe, kann als Frage danach diskutiert werden, ob sich mit dem Erwerb von Hauseigentum die Klassenposition verändert, d.h. ob sich eine andere materielle („objektive“) Interessenlage ergibt. Dafür läßt sich insbesondere das Argument ins Feld führen, daß privates Eigentum an Haus und Boden eine von der beruflichen Arbeit unabhängige Quelle von Einkommen ist. Schon 1975 hatte Ray Pahl diesen Aspekt betont: „Eine Familie kann in einigen Jahren mehr Gewinn aus dem Wohnungsmarkt ziehen als sie während eines ganzen Lebens aus dem Lohneinkommen sparen könnte“ (Pahl 1975: 291). Die hausbesitzende Mehrheit der Bevölkerung habe daher ein „vested interest“ an Stabilität und Nicht-Wandel. In der Tat sind wirtschaftliche Stabilität und Wachstum Grundvoraussetzungen dafür, daß sich die mit dem Hauseigentum verbundenen potentiellen ökonomischen Gewinne realisieren.

Mit Wohneigentum oder Hausbesitz sind vier Einkommenseffekte verbunden (vgl. für England: Saunders 1978): (1) Wertsteigerung als Folge überproportionaler Nachfrage und permanent steigender Neubaupreise; (2) nominale Entwertung des Kaufpreises durch Inflation, die das relative Gewicht der Verschuldung im Verhältnis zum Einkommen laufend mindert – ein Effekt, der um so stärker ist, wenn außerdem reale Einkommenszuwächse auftreten; (3) Steuerersparnisse, Bausparprämien und (im sozialen Wohnungsbau) Zinsverbilligungen aus der staatlichen Förderung der Eigentumsbildung; (4) Zugang zu privilegierten Kreditmärkten, da für dinglich gesicherte Kredite niedrigere Zinsen gezahlt werden müssen als für andere Konsumkredite. In Deutschland besteht außerdem Steuerfreiheit für die Gewinne beim Verkauf eines Hauses.

Beim Hausbesitzer sinken die laufenden Kosten mit der Dauer des Eigentumsverhältnisses, wenn nicht außergewöhnliche Zinsschwankungen für vorübergehende Höherbelastungen sorgen, die bei knapper Kalkulation der Belastbarkeit des Haushaltseinkommens allerdings bis zum Verlust des Eigentums führen können (vgl. Biehnen 1989). Beim Mieter ist die Situation konträr: Mit steigendem Preisniveau auf dem Immobilienmarkt steigt auch der Mietpreis, und mit der Einkommensteuer finanzieren die Mieter die Steuervorteile für die Eigentümer mit. Während Mieter gravierende Nachteile durch ein knappes Wohnungsangebot haben, profitieren Eigentümer erheblich vom durch Wohnungsknappheit steigenden Preisniveau.

Die Quellen für das „zusätzliche“ Einkommen von Hauseigentümern sind also einerseits die Bewegungen auf dem Immobilien- und Kapitalmarkt, andererseits die staatliche Umverteilungspolitik zugunsten der Privateigentümer. Mieter müßten angesichts dieser Situation „objektiv“ an mehr Staatsintervention (Mietrecht) und an der Ausdehnung der staatlichen Mietwohnungsförderung interessiert sein, Eigentümer dagegen eher an einer liberalen Gesetzgebung im Bereich des Wohnungswesens – auf jeden Fall aber an einer möglichst großen Stabilität der wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für ihre private Investition. Dies könnte theoretisch auch dazu führen, daß von Eigentümern solche Parteien bevorzugt gewählt werden, die a) die Sicherheit dafür bieten, daß die vorhandene Privilegierungsstruktur nicht angetastet wird, denen b) die größte Kompetenz dafür zugemessen wird, die ökonomischen Rahmenbedingungen stabil zu halten, und die c) insgesamt eher für Stabilität und Kontinuität im Gegensatz zu Reform und Experimenten stehen (siehe etwa Saunders 1990: 261; Forrest et al. 1990: 88).

Solche Überlegungen sprechen also für gegensätzliche Orientierungen von Eigentümern und Mietern. Diese Interessenlage ist jedoch weder allen Eigentümern bewußt, noch folgt daraus, daß ihr entsprechend gewählt wird, wenn andere (z.B. weltanschauliche) Bindungen oder Einflüsse wichtiger sind. Auch ist nicht ohne weiteres davon auszugehen, daß alle privaten Hauseigentümer den Erwerb oder Bau eines eigenen Hauses vor allem als eine ökonomische Strategie ansehen und bewerten.

Es gibt zahlreiche andere Motive, die für die Eigentumsbildung entscheidender sein können als die oben genannten ökonomischen: mangelnde

Alternativen beim Wohnungsangebot an bestimmten Standorten; Streben nach Unabhängigkeit von einem Vermieter bei der Nutzung und baulichen Anpassung der Wohnung an lebenszyklische Phasen; lebensgeschichtliche Entwürfe, die eng mit einem Hausbau verbunden sind („Häuslebauer“); Vorsorge für einen Altersruhesitz bzw. der Wunsch, den Nachkommen beim Tod etwas zu hinterlassen; oder ein fundamentales Sicherheitsbedürfnis, das im eigenen Haus symbolisch repräsentiert wird. Insbesondere bei Arbeitern kommt hinzu, daß einzig Bau oder Ausbau eines Hauses die Möglichkeit bieten, die eigene Arbeitskraft unter Umgehung von Kapital- oder Arbeitsmarkt in einem beständigen Wert zu vergegenständlichen, also die informelle Ökonomie von Eigenarbeit und Verwandtschaft wertschaffend zu nutzen (vgl. Jessen et al. 1988; Häußermann et al. 1990).

Ein weiteres Argument gegen die Annahme homogener Interessen von Hauseigentümern ist die interne Fragmentierung der „Klasse von Hausbesitzern“, die besonders von Forrest et al. (1990) hervorgehoben wird. Damit ist gemeint, daß die genannten Vorteile des Hauseigentums tatsächlich in höchst ungleichem Maße von Hauseigentümern realisiert werden können: Wertsteigerungen hängen von der Lage (d.h. ob in einer ökonomisch wachsenden oder krisenhaften Region) und vom Gebrauchswert eines Hauses ab; Steuerersparnisse steigen progressiv mit dem Einkommen und sind daher vor allem für gut Verdienende relevant; und Zinssteigerungen können bei den Haushalten, die bereits einen hohen Anteil ihres Einkommens für die Eigentumsbildung ausgeben, zur ökonomischen Katastrophe führen. Ob Haus- und Wohnungseigentümer eine homogene Interessengruppe bilden, und damit spezifische Parteipräferenzen haben, ist somit aus verschiedenen Gründen in Frage zu stellen.

2.3 Empirische Ergebnisse der angelsächsischen Forschung

Wohnungspolitik ist in England weit mehr politisch aufgeladen als in Deutschland. Insbesondere für die Labour Party hatte die staatseigene Wohnungsversorgung eine hohe politische Priorität als Bestandteil einer kollektivistischen Orientierung im Rahmen der britischen Sozialpolitik. In den dreißiger Jahren hatte z. B. der Labour-Führer von London versprochen, die Konservativen aus London „herausbauen“ zu wollen, indem vor allem große Mietwohnungsanlagen in Form von Ge-

meindewohnungen errichtet wurden. Die Regierung Thatcher kehrte diese Stoßrichtung um und erzwang zwischen 1980 und 1988 den Verkauf von über 1,1 Millionen Gemeindewohnungen an die Mieter. Zwischen 1951 und 1986 erhöhte sich die Eigentumsquote in Großbritannien von 31 auf 62%. Der Anteil der Mieter in Gemeindewohnungen stieg seit 1951 zunächst von 18 auf 31% (1981) und fiel bis 1987 wieder auf 26% als Folge der Verkäufe. Der Anteil von Hauseigentümern unter Arbeitern erhöhte sich von etwa einem Fünftel (1951) auf 55% bis 1986. In den Wahlkämpfen des letzten Jahrzehnts spielte die Wohnungspolitik eine herausragende Rolle.

Gleichzeitig blieb der strukturelle Zusammenhang zwischen Wohnform und Wahlentscheidung weitgehend konstant: 1964 war der Anteil der Labour-Wähler unter den Arbeitern, die Mieter in Gemeindewohnungen waren, 21 Prozentpunkte höher als unter denjenigen, die Hauseigentümer waren; 1983 waren es 25, 1987 23 Prozentpunkte mehr (Crewe 1989: 34; Heath et al. 1985: 46). Somit liegt der Schluß nahe, daß der Verkauf der Council houses einen unmittelbaren Wahleffekt zugunsten der Konservativen Partei gehabt hat. Diese These ist unter den Wahlforschern insbesondere von Crewe (etwa 1989) mit Nachdruck vertreten worden

Thesen eines generellen kausalen Zusammenhangs zwischen Hausbesitz und Wahlentscheidung oder einer grundlegenden Neustrukturierung politischer Konfliktlinien entlang von Konsummustern (wie Hausbesitz) sind jedoch sowohl unter Wahlforschern wie in der stadtsoziologischen Literatur kontrovers. Nicht zu bestreiten ist, daß auf nationaler Ebene in Großbritannien – auch bei Kontrolle der objektiven Klassenlage – ein statistischer Zusammenhang zwischen Wohnform und Wahlentscheidung besteht, und daß die Effekte auf die Wahlentscheidung von Wohnform einerseits und von Klassenlage andererseits etwa gleich groß sind. Heath et al. (1985: 45–47) präsentieren dazu ganz eindeutige empirische Belege für die Wahl von 1983. Sie argumentieren aber gleichzeitig, daß in longitudinaler Sicht Veränderungen in der Verteilung von Hauseigentum keine Einsichten über politisches Verhalten erbringen, die nicht bereits durch Veränderungen in der Klassenstruktur erklärt werden können. Für den unabweisbaren statistisch eigenständigen Effekt zu einem bestimmten Zeitpunkt („Schnappschuß“) bieten sie zwei substantielle Hypothesen an. Zum einen bringt Hausbesitz in der Regel ein soziales Milieu mit sich, das eher durch Werte der Mittelschicht

denn solche der Arbeiterklasse geprägt ist, indiziert also einen Kontexteffekt. Zum anderen erzeugen die durch Hausbesitz vermittelten Interessen eine der Klassengliederung entsprechende – nicht dazu querliegende – Konfliktstruktur. Hausbesitz ist danach nur eine besondere Form der Reproduktion des „class cleavage“.

In der stadtsoziologischen Literatur kommt insbesondere Saunders (1990) – anhand einer Sekundärbetrachtung von drei städtischen Fallstudien – zu dem Ergebnis, daß ein durchgehender linearer Zusammenhang nicht nachweisbar ist. Anknüpfend an Pratts (1986a: 367, 1986b) Untersuchungen in Kanada findet Saunders vielmehr, daß Hauseigentum nur bei den unteren Mittelschichten einen eindeutigen Effekt hat, während bei Facharbeitern der Einfluß nicht signifikant ist. Dies kann durch zwei Faktoren erklärt werden: Homogenität der Wohnumgebung und Eindeutigkeit der Schichtzuordnung. Im Gegensatz zu Facharbeitern wohnen Angehörige der unteren Mittelschichten weit häufiger in eher diffusen Milieus und ihre Schichtzugehörigkeit ist weniger klar definiert. Facharbeiter sind in weit stärkerem Maße einer stabilen politischen Kultur verbunden, während Angehörige der unteren Mittelschicht sich im Hinblick auf ihre soziale Verortung und ihre persönlichen Aspirationen an übergeordneten Soziallagen orientieren. Das eigene Haus bildet dann ein wichtiges Instrument, den sozialen Status und die persönliche Leistung zu demonstrieren. Mit anderen Worten: Wenn die Klassenposition klar (und zudem durch das umgebende Milieu befestigt) ist, hat Hauseigentum keinen Einfluß auf die Wahlentscheidung; wenn aber die Klassenzuordnung aufgrund der beruflichen Situation weniger klar ist, gewinnen Merkmale des Lebensstils außerhalb der Erwerbssphäre an unmittelbarer Bedeutung (Saunders 1990: 247). Die „intermediären Klassen“ (Goldthorpe) sind demnach besonders anfällig für Einflüsse, die von der „consumption location“ ausgehen. Pratt spricht in diesem Zusammenhang sogar von „classlessness“ (Pratt 1987: 180).

Die hier dargestellten Positionen weisen sämtlich sowohl Gemeinsamkeiten wie Differenzen auf. Heath et al. (1985) sehen nach wie vor in der objektiven Klassenlage – für die sie allerdings eine neue Operationalisierung entwickelt haben – den wesentlichen Bestimmungsfaktor für die Wahlentscheidung. Mit Saunders und anderen Stadtsoziologen teilen sie die Sicht, daß Hauseigentum (konzeptionell) nur einen sekundären, mittelbaren Einfluß hat. Sie lehnen jedoch gleichzeitig das Konzept der ‚consumption cleavages‘ – wie es zu-

nächst von Dunleavy (1979) formuliert wurde – ab. Die spätere Formulierung dieses Konzepts bei Forrest et al. (1990: 86), in der nicht versucht wird, den Begriff der Klasse zu ersetzen, sondern lediglich eine zusätzliche Quelle für Interessen- und Formationsbildung zu identifizieren, scheint allerdings mit der Argumentation bei Heath et al. durchaus vereinbar. Den eigentlichen Kontrast stellt Crewes (1989) Position mit der Behauptung dar, Hauseigentum habe einen eigenständigen und unmittelbaren Einfluß auf das Wahlverhalten. Bemerkenswert ist, daß sich Crewes dabei im wesentlichen auf die gleichen Daten wie Heath et al. stützt, nämlich die Serie der ‚British Election Studies‘.

3. Entwicklung der Eigentumsquote in Deutschland

Die Eigentumsquote (Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz an allen Haushalten) ist nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (die nur deutsche Haushalte umfaßt, zur Methode vgl. Euler 1987) von 38,8% im Jahre 1969 kontinuierlich auf 46,7% im Jahre 1988 gestiegen, hat also um 7,9 Prozentpunkte zugenommen. Arbeiterhaushalte, die 1969 noch mit 33,8% unterdurchschnittlich häufig Hauseigentum besaßen, lagen 1988 mit 48,5% knapp über dem Durchschnitt. Der Zuwachs war mit 14,7 Prozentpunkten fast doppelt so stark wie bei den Haushalten insgesamt. Während im gesamten Zeitraum die Zahl aller Haushalte um 20,1% zugenommen hat, ging die Zahl der Arbeiterhaushalte um 23,3% zurück. Dieser Rückgang vollzog sich aber per Saldo vollständig bei den Mieterhaushalten (–40,3%), denn die Zahl der Arbeiterhaushalte mit Haus- und Grundbesitz nahm sogar um 10,1% zu (Petrowsky 1992). Dies ist zum einen das Ergebnis des Übergangs vieler Arbeiterhaushalte in die Arbeitslosigkeit, und es ist kaum überraschend, daß die Arbeitslosigkeit aufgrund der bekannten Strukturierung vor allem solche Haushalte trifft, die vergleichsweise seltener Hauseigentümer sind. Außerdem macht sich der Strukturwandel der Beschäftigung bemerkbar: Überproportional viele Arbeiter gehen in den Ruhestand im Vergleich zu den neu in das Berufsleben eintretenden Generationen, unter denen die Berufsposition „Arbeiter“ seltener ist.

Dadurch ist die absolute Zahl der Haushalte mit einem Arbeiter als Haushaltsvorstand, die zur Miete wohnen, zwischen 1969 und 1988 von 4 194

Tausend auf 2 502 Tausend zurückgegangen; die Zahl der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz stieg dagegen von 2 139 Tausend auf 2 354 Tausend, ist also inzwischen beinahe gleich groß. Arbeitsmarktentwicklung und die damit verbundene Position im Konsumbereich wirken in Richtung einer stärkeren Differenzierung innerhalb der (statistischen) Gruppe der Arbeiter. Die Gruppe der Arbeiter nimmt auch dadurch zahlenmäßig ab, daß von den Qualifiziertesten und Bestbezahlten ein Teil in den Status der Angestellten wechselt, wo – nach der „classlessness“-These – die stärksten Effekte des Wohnstatus für das Wahlverhalten zu erwarten wären.

4. Wohnungspolitik und Wahlverhalten in Deutschland

Einen vollkommen unabhängigen Einfluß des Wohneigentums auf das politische Bewußtsein (hier operationalisiert als Wahlverhalten) anzunehmen, wäre naiv, da Wahlentscheidungen von vielerlei Einflüssen abhängig sind. In der Analyse von entsprechenden Umfragen ist also allenfalls nach der relativen Bedeutung dieses Einflusses zu fragen und danach, bis zu welchem Grade er tatsächlich unabhängig wirkt. Die bisherige Diskussion hat schon deutlich gemacht, daß die Variable Hauseigentum in verschiedenen Kontexten unterschiedlich wirkt.

1) Im Unterschied zu England, wo die Diskussion über diese Zusammenhänge am ausführlichsten und sehr kontrovers geführt worden ist, ist zunächst festzuhalten, daß die Positionen der Parteien zur Wohnungspolitik in der Bundesrepublik keineswegs weltanschaulich stark aufgeladen sind (vgl. dazu Häußermann/Siebel 1981). Die programmatischen Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD sind nur graduell. Vergleicht man die *Praxis* der von diesen Parteien in den letzten vier Jahrzehnten geführten Regierungen, so sind die Unterschiede im Laufe der Zeit immer geringer geworden.

Regierungswechsel haben, anders als in England, keine dramatischen Veränderungen der Politik gebracht (vgl. Jaedicke/Wollmann 1992). In der Regel zeigt sich sogar die CSU als engagierte Verteidigerin des „sozialen Wohnungsbaus“, und Bundesbauminister Schneider (CSU) mußte sein Amt vor 3 Jahren aufgeben, weil er viel zu energisch das Ende der öffentlichen Förderung beim Mietwohnungsbau betrieben hat. Zwar nimmt die FDP in dieser Frage programmatisch eine eindeutig

wirtschaftsliberale Position gegen die Staatsintervention ein, aber auch die politische Praxis der gegenwärtigen Bundesbauministerin, die der FDP angehört, entspricht keineswegs in reiner Ausprägung dem Parteiprogramm.

Die Wohnungspolitik in der Bundesrepublik ist am ehesten als ein „selbstreferentielles System“ zu beschreiben, in dem die institutionalisierten Interessen von Wohnungs- und Kreditwirtschaft, von Bundesländern und Gemeinden sowie von individuellen Hauseigentümern ein Geflecht bilden, in dem jede Regierung nur graduelle Veränderungen durchsetzen kann. Ob klare politische Alternativen zwischen den großen Parteien hinsichtlich der Wohnungspolitik bei Wahlen überhaupt wahrgenommen werden können, ist also zu bezweifeln. Wenn Hauseigentümer ihre Wahlentscheidung vor allem anhand ihrer Interessen als Hausbesitzer treffen wollten, fänden sie jedenfalls keine sehr profilierte Alternative vor. Auch wenn die SPD versucht, sich als die Partei darzustellen, die mit der Förderung des sozialen Wohnungsbaus stärker die Interessen des „kleinen Mannes“ vertritt als CDU/CSU, so wagt auch sie es nicht, die Förderung der Eigentumbildung anzutasten. Angesichts dieser Situation ist also kaum zu erwarten, daß Eigentümer- oder Mieter-Status die Wahlentscheidung wesentlich beeinflussen.

2) Auf der Seite der Subjekte gibt es eine ähnlich diffuse Lage. Schicht, Alter und Konfession sind in der Wahlforschung als die wichtigsten Variablen für die Wahlentscheidung ermittelt worden – auch wenn sich die Bindungen lockern. Welche Rolle der Wohnstatus im Kranz dieser Determinanten spielt, ist unsere Frage. Ob er einen wichtigen Einfluß hat, dürfte aber kontextabhängig sein, d.h. je nach Klassenlage (siehe obige Diskussion) und „regionaler Kultur“ variieren. Bei Landwirten oder Selbständigen, wo die Eigentümerquoten bei 93,5% bzw. 73,5% liegen, kann ein relevanter Einfluß der Wohnsituation auf die Wahlentscheidung nur mit sehr viel weniger Plausibilität angenommen werden als etwa bei Arbeiter- oder Angestelltenhaushalten, wo sich Mieter und Eigentümer in etwa gleicher Stärke gegenüberstehen. Das gleiche gilt für den regionalen bzw. lokalen Kontext bzw. das „Milieu“ des Wohnortes. In ländlichen Regionen gibt es nur sehr wenig Mietwohnungen, in großstädtischen bisher noch relativ niedrige Eigentümerquoten.

Allerdings ist offen, wie diese Kontexte wirken: Einerseits könnte es sein, daß die „kulturelle Selbstverständlichkeit“ des Eigentümer- bzw. des

Mieterstatus dazu führt, daß dieses Merkmal in seiner Wirkung marginal ist; andererseits könnte sich gerade aus dieser „Diaspora-Situation“ für die jeweilige Minderheit eine besondere Bedeutung des Wohnstatus ergeben.

5. Empirischer Test des Zusammenhangs von Wohnstatus und Wahlverhalten

5.1 Datenquellen und Analysestrategie

Es ist nicht ganz einfach, geeignete Datensätze für eine empirische Prüfung des Zusammenhangs von Wohnstatus und Wahlverhalten zu finden. Speziell auf Wahlverhalten zugeschnittene Studien – wie etwa die Serie der Mannheimer Wahlstudien (FGW) – haben zumeist einen recht begrenzten demographischen Teil, und Fragen zur Wohnform sind darin nicht enthalten. Für die Zeit vor 1980 finden sich deshalb nur einige vereinzelte Studien, die sowohl Angaben zur Wohnform wie zu politischen Präferenzen enthalten. Dann aber bieten die insgesamt sechs ALLBUS-Studien von 1980 bis 1990 (ZA-Nr. 1795/1800) eine ausreichende Datengrundlage, auch wenn hier angesichts der breiten Themenstellung dieser Studien die Auswahl an wahlbezogenen Variablen notwendig begrenzt ist.¹

Durchgängig über alle sechs Studien hinweg wird die Parteipräferenz der Befragten nur über die sogenannte Sonntagsfrage ermittelt; eine (hypothetische) Frage danach, welche Partei gewählt würde, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Dies ist kein idealer Indikator. Der durch diese Frage vermittelte Stimulus variiert mit dem Abstand zu der nächsten faktischen Wahl. Insbeson-

¹ Unser besonderer Dank gilt Ekkehard Mochmann und Rolf Uher vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität Köln für die Unterstützung bei der Datensuche. Das dortige Retrievalsystem (ZAR) hat einmal mehr seine außerordentliche Nützlichkeit demonstriert und eine systematische Durchsicht aller inventarisierten Studien erlaubt. Wir danken außerdem Michael Braun vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) für erste Kreuztabellen mit den ALLBUS-Daten und Michael Terway (ZA) für die schnelle Lieferung der Datensätze. Ohne die unbürokratische und kompetente Unterstützung durch die Kollegen von ZUMA und ZA wäre diese transatlantische Gemeinschaftsarbeit kaum möglich gewesen. Für Kritik und Anregungen zum Text danken wir Walter Siebel, Universität Oldenburg, und den KollegInnen der ZWE Arbeit und Region an der Universität Bremen.

dere wird durch die Sonntagsfrage der Anteil der Anhänger der jeweiligen Regierungsparteien unterschätzt. Vergleiche über die Zeit können dadurch erschwert werden. Die Daten für die ALLBUS-Studien wurden jedoch sämtlich in der jeweiligen ersten Jahreshälfte über einen Zeitraum von gut zwei Monaten erhoben. Selbst für die Wahljahre 1980 und 1990 lag die Erhebung mindestens mehr als sechs Monate von einem tatsächlichen Wahltermin entfernt. Damit gelten für alle Einzelstudien im wesentlichen die gleichen Bedingungen, so daß sich hieraus für unsere Untersuchung kein ernsthaftes Problem ergibt.

Unser multivariates Modell muß neben der Wohnform natürlich in der Wahlforschung wohlbekannte Einflußfaktoren wie Konfession, Kirchgängshäufigkeit, Schicht, Alter und Region ebenso berücksichtigen wie etwa den Urbanisierungsgrad, der stark mit der Wohnform korreliert. Nur so kann ein zumindest im statistischen Sinne unabhängiger Effekt von Wohnform auf die Wahlentscheidung empirisch stringent belegt werden. Zeigt sich ‚ceteris paribus‘ noch immer ein Effekt von Wohnform, gilt es weiterhin zu untersuchen, ob der Einfluß der Wohnform auf die Wahlentscheidung durch andere Faktoren moderiert wird; statistisch gesprochen, ob Interaktionen bestehen. Es ist z. B. denkbar, daß der Zusammenhang von Wohnform und Wahlentscheidung in städtischen Gebieten stärker ist als in ländlichen, oder daß sich konservative Haltungen in unterschiedlichen Bereichen (etwa Wohneigentum und Kirchenbindung) gegenseitig verstärken; schließlich könnte sich über die Zeit eine Veränderung in der Stärke des Zusammenhangs ergeben haben. Und in Hinblick auf die oben näher dargestellte britische Diskussion ist insbesondere zu prüfen, ob ein etwaiger Einfluß von Wohnform auf die politische Präferenz mit der Schichtzugehörigkeit variiert.

Bei der Vielzahl mitzuberücksichtigender Faktoren führt eine multivariate Tabellenanalyse gewöhnlich zu Schwierigkeiten. Selbst bei der großen Fallzahl im kumulierten ALLBUS (N = 18 148 Fälle insgesamt) kommt es in Anbetracht fehlender Werte (insbesondere bei einer Variablen wie Wahlabsicht), schiefer Randverteilungen und rasch anwachsender Zahl von „Zellen“ (der verschiedenen Merkmalskombinationen der betrachteten Variablen) schnell zu Unterbesetzungen, die eine statistische Schätzung unmöglich machen oder aber zumindest eine sehr große Fehlerbreite nach sich ziehen. Ein oft gewählter Ausweg besteht darin, die betrachteten Faktoren stark zu gruppieren, im Extremfall zu dichotomisieren,

also z. B. beim Alter nur noch „Junge“ versus „Alte“ zu betrachten, wobei relativ willkürlich irgendwo eine Grenze (etwa bei 40 Jahren) gezogen werden muß. Neuere Entwicklungen in der statistischen Datenanalyse, vor allem im ‚statistical computing‘, eröffnen aber andere Optionen, die wir hier nutzen.

Die primäre abhängige Variable in unserer Analyse ist die Wahlabsicht, bei der wir vier Ausprägungen unterscheiden: CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne. Die relativ kleine Zahl von Anhängern anderer Parteien und die schon größere Zahl von Nichtwählern (zusammen N = 1 008 im kumulierten Datensatz) sowie eine erhebliche Zahl von Befragten ohne gültige Angaben (N = 3 570) bleiben hier außer Betracht. Empirisch zeigt sich und konzeptionell ist es stimmig, daß Wohnungseigner stärker sowohl zur CDU/CSU wie zur FDP (50 Prozent für CDU/CSU, 10 Prozent für FDP) neigen als Nicht-Eigner (33 bzw. 8 Prozent). Umgekehrt bevorzugen Mieter die SPD und die Grünen in stärkerem Maße (47 und 12 Prozent) als Wohneigentümer (34 und 6 Prozent). Das legt nahe, die abhängige Variable weiter zu vereinfachen und CDU/FDP einerseits und SPD/Grüne andererseits zusammenzufassen. Damit ergibt sich eine dichotome abhängige Variable, für die nun die Technik der „logistischen Regression“ verfügbar ist.² Wir präsentieren jedoch zunächst eine gewöhnliche Kleinst-Quadrat-Schätzung (OLS), die oft eine gute Annäherung an die formal-statistisch angemessene logistische Regression darstellt und Nicht-Experten weit eher zugänglich ist. Eine parallele logistische Regressionsschätzung für unser endgültiges Modell findet sich im Anhang.

Bei der Wohnform werden die acht im Fragebogen benutzten Antwortkategorien zu zwei Ausprägungen zusammengefaßt. Mit „Eigentum“ wird hier Wohnen in einer Eigentumswohnung sowie Wohnen im eigenen Haus bzw. dem der Familie zusammengefaßt. Von den insgesamt 47 Prozent Eigentum im kumulierten Datensatz entfallen rund 4,5 Prozent auf Eigentumswohnungen. Alle übrigen Kategorien (Mietwohnung im sozialen Wohnungs-

² Programmtechnische Umsetzungen finden sich sowohl in SPSS wie SAS (Logistic Regression in SPSS/PC ab Version 3.1, Logistic in SAS ab Version 6.04). - Ergänzend haben wir auch jede der vier ursprünglichen Kategorien durch eine Dummy-Variable repräsentiert und damit dann eine Reihe von parallelen logistischen Regressionsmodellen betrachtet. Inhaltlich haben sich dadurch jedoch keine nennenswerten zusätzlichen Einsichten ergeben, so daß diese Modelle hier nicht im einzelnen diskutiert werden.

bau, sonstige Mietwohnungen, Dienst-/Werkswohnung, gemietetes Haus, Untermiete) werden zu einer Restkategorie „Mieter“ zusammengefaßt. Die rund 13 Prozent der Befragten mit einer Mietwohnung im sozialen Wohnungsbau zeigen im übrigen in Hinblick auf Wahlpräferenzen kein markant von den übrigen Mietern abweichendes Profil. Sie stellen also kein funktionales Äquivalent zu den britischen ‚Council tenants‘ dar.

5.2 Regressionsmodell

Bivariat zeigt sich ein relativ starker Zusammenhang zwischen Wohnform und Wahlentscheidung im kumulierten Datensatz: Von den Mietern wählen 59 Prozent SPD oder Grüne, während es unter den Eigentümern lediglich 40 Prozent sind; die Prozentsatzdifferenz d (Somer-Koeffizient) beträgt genau .186. Bevor wir unser zentrales Regressionsmodell präsentieren, erscheint eine Vorbetrachtung sinnvoll.

Anders als Meinungen und Einstellungen zu bestimmten Sachfragen oder Einschätzungen der persönlichen Qualitäten von (Spitzen-)Kandidaten, die oft erheblichen zeitlichen Veränderungen unterliegen, drückt sich (zumindest bei Eigentümern) in der Wohnform faktisches, langfristig stabiles Handeln aus. Mit anderen Worten: Wer einmal Wohneigentum erwirbt, wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht wieder aufgeben. Wenn wir also den Einfluß von Wohneigentum in Relation zu anderen Faktoren setzen wollen, so sollten dies ebenso langfristig wirksame Hintergrundmerkmale sein, wie die bereits erwähnten Faktoren Konfession, Kirchengangshäufigkeit, Schicht, Alter und Region. Es ist jedoch zu prüfen, ob sich der augenscheinliche Zusammenhang zwischen Wohnform und Wahlabsicht nicht weitgehend durch das Wirken eines ‚dritten‘ Merkmals erklären läßt. Es wäre denkbar, daß Wohnform und Wahlabsicht lediglich parallele Indikatoren einer bestimmten politisch-ideologischen Grundhaltung sind, ohne daß zwischen ihnen ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Als empirisches Maß einer solchen politisch-ideologischen Grundhaltung kann einmal die Links-Rechts-Skala verwendet werden. Zum anderen bietet der Inglehart-Index eine Möglichkeit, nach bestimmten Wertorientierungen („Postmaterialismus“) zu unterscheiden.³

Faßt man angesichts der schwachen Besetzungen der Randkategorien die ursprünglich 10 Skaleneinheiten der Links-Rechts-Skala zu vier Kategorien zusammen, und zwar auf der linken wie auf der rechten Seite des Spektrums jeweils die drei Randkategorien sowie die beiden Mittelkategorien, so können vier Partialtafeln in Hinblick auf den Zusammenhang von Wohnform und Wahlabsicht betrachtet werden. In jeder dieser Partialtafeln ist dabei die politisch-ideologische Position konstant gehalten. Empirisch zeigt sich, daß in allen vier Partialtafeln die Assoziation zwischen Wohnform und Wahlabsicht deutlich niedriger ist als in der zweidimensionalen Ausgangssituation. Mit Ausnahme der Gruppe der ideologisch links orientierten Befragten bleibt jedoch auch bei Kontrolle der Links-Rechts-Einstufung mit einem Wert für d von über 0.10 eine nennenswerte Assoziation bestehen. Weiterhin zeigen die partiellen Koeffizienten bei Kontrolle des Inglehart-Index praktisch keine Veränderung gegenüber der Ausgangsassoziation. Weder politisch-ideologischer Standort noch Wertorientierung können somit den Zusammenhang von Eigentumsstatus und politischer Präferenz ausreichend erklären. In den Begriffen traditioneller multivariater Tabellenanalyse (etwa Zeisel 1985) liegt somit bestenfalls eine teilweise Erklärung, jedenfalls aber mehr als nur eine Scheinkorrelation vor.

Nach dieser Vorbetrachtung soll nun der relative Einfluß von Wohneigentum auf die Wahlabsicht (konzeptionell allgemeiner: die politische Präferenz) genauer bestimmt werden. Dazu ist es erforderlich, zum einen Merkmale einzubeziehen, deren Einfluß auf die Wahlabsicht vielfach belegt ist, und zum anderen Merkmale, die hoch mit der Wohnform korrelieren und die möglicherweise in substantieller Hinsicht die eigentliche Quelle eines Effekts auf die Wahlabsicht sind. Das Wahlverhalten in der (alten) Bundesrepublik ist nachhaltig durch die Zugehörigkeit zu zwei sozialen ‚Cleavages‘ bestimmt, die kurz mit Schicht und Kirchenbindung charakterisiert werden können. Mitglieder der Arbeiterschicht bevorzugen überproportional die SPD, Katholiken und andere kirchlich stark gebundene Wähler neigen verstärkt der CDU zu. Dies ist gesicherter Bestand der empiri-

kontroversen Debatten in der empirischen Politikwissenschaft geführt. Trotz teilweise massiver Kritik an der Validität des auf nur vier Items beruhenden Index, gehört diese Fragebatterie nun beinahe zum Standardprogramm jeder größeren akademischen Umfrage im Bereich politischen Verhaltens.

³ Ingleharts (1977, 1990) Thesen über einen durchgreifenden Wandel in westlichen Industriegesellschaften hin zu ‚postmaterialistischen‘ Werten haben zu sehr

schen Wahlsoziologie.⁴ Eher kontrovers diskutiert wird jedoch in den letzten Jahren die Frage, inwieweit diese traditionellen Erklärungsfaktoren ihre Bedeutung verlieren bzw. bereits verloren haben. Für einige Autoren hat sich bereits eine „Individualisierung“ der Wähler vollzogen und hat ein neues Paradigma von „Volatilität“ das alte Modell der sozialstrukturell vermittelten Bindungen abgelöst. Diese Diskussion braucht hier nicht im einzelnen verfolgt zu werden. Ein Großteil der Kontroverse löst sich allein dadurch auf, daß zwei Aspekte auseinander gehalten werden: Zum einen ist sicher richtig und empirisch nachweisbar, daß bestimmte soziale Milieus quantitativ schrumpfen. So ist die Zahl der Industriearbeiter zurückgegangen, während die Zahl der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten zugenommen hat. Ebenso ist die Zahl der wöchentlichen Kirchgänger rückläufig. Einstmals ausgeprägte soziale Cleavages verwischen sich. Auf der anderen Seite besteht der strukturelle Zusammenhang zwischen bestimmten sozialen Positionen – auch wenn diese quantitativ abnehmen – und der Wahlpräferenz unverändert fort, was insbesondere Schmitt (1989) für das kirchlich-konfessionelle Cleavage empirisch sehr sorgfältig belegt hat.

An empirischen Indikatoren stehen im ALLBUS-Datensatz in Hinblick auf das kirchlich-konfessionelle Cleavage die formale Religionszugehörigkeit sowie die Kirchengangshäufigkeit zur Verfügung. Das Schicht-Cleavage ist schwieriger zu operationalisieren. Die Begriffe ‚Arbeiter‘ und ‚Angestellter‘ folgen sozialversicherungsrechtlichen Normen und unterlagen zeitlichen Veränderungen. Sie sind damit nur bedingt für eine soziologische Schichtanalyse brauchbar. Hier wird primär auf die subjektive Schichteinstufung (Unterschicht – Arbeiterschicht – Mittelschicht – Obere Mittelschicht – Oberschicht) zurückgegriffen, die sich in der empirischen Wahlforschung als Indikator für das Schicht-Cleavage ebenfalls gut bewährt hat.⁵ Er-

gänzend wird zumindest für die eindeutig bestimmbaren Segmente (Landwirte, Selbständige, akademische freie Berufe) die objektive Schichtzugehörigkeit herangezogen.⁶

Das traditionelle Erklärungsmodell für Wahlverhalten wird in unserer Analyse also durch die vier Indikatoren Religionszugehörigkeit (hier in dichotomisierter Form Katholiken versus übrige), Kirchengangshäufigkeit (in einer sechsstufigen Skala von „mehr als einmal die Woche“ bis zu „nie“), subjektive Schichtzugehörigkeit und objektive Klassenlage (durch drei Dummy-Variablen) repräsentiert. Daneben wird das Alter der Befragten einbezogen. Diese Erweiterung ist seit dem Aufstieg der Grünen in den achtziger Jahren für jedes Modell des Wahlverhaltens sinnvoll, hier aber unabdingbar, um eine mögliche Konfundierung von Wohnform und Lebensalter auszuschließen. Mit steigendem Lebensalter nimmt die Wohneigentumsquote zu, und dies zeigt sich auch in den ALLBUS-Daten.⁷

Zur Kontrolle, d.h. zur Absicherung eines genuinen Einflusses der Wohnform, wird darüber hinaus der Grad der Urbanisierung einbezogen, und zwar in Form des Boustedt-Index.⁸ Wohneigentum ist in ländlichen Gebieten weit stärker verbreitet als in städtischen. Nach den Umfragedaten beträgt die Eigentumsquote in Ballungsgebieten nur 35 Prozent im Vergleich zu über 70 Prozent im dörflichen Raum.

Schließlich berücksichtigen wir noch eine Regionsvariable. In der empirischen Wahlforschung hat sich eine grobe Unterscheidung nach Süd (Baden-

⁴ Für Bestandsaufnahmen zur deutschen wie internationalen Wahlsoziologie und eine Erörterung der Bedeutsamkeit dieser etablierten Faktoren siehe etwa Kuechler (1980, 1986 und 1992) sowie die dort angegebene Literatur.

⁵ Im Bereich der Wahlforschung hat sich auch die Frage nach einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft als brauchbarer Indikator erwiesen. Üblicherweise wird dabei jedoch nicht nur nach persönlicher Mitgliedschaft gefragt, sondern auch nach der Mitgliedschaft eines Haushaltsmitgliedes. Das ist insbesondere im Falle von nicht oder nicht mehr berufstätigen Ehefrauen für die Einordnung des sozialen Milieus bedeutsam. Leider wird im ALLBUS nur die persönliche Mitgliedschaft erhoben.

⁶ Wir benutzen dabei den im ALLBUS angebotenen sogenannten Einordnungsberuf, und zwar in der auf Pappi zurückgehenden Version (V44 im kumulierten Datensatz). Dies ermöglicht eine Klassifizierung auch von nicht oder nicht mehr erwerbstätigen Befragten.

⁷ Der Cramer-Koeffizient zwischen Wohnform und Alter (rekodiert in 8 Gruppen) beträgt $V = .20965$, der Pearson-Koeffizient zwischen Wohnform und Alter (unrekodiert) $r = .1044$, wobei zu beachten ist, daß der Zusammenhang nur stückweise linear ist und somit vom Koeffizienten r nur unzureichend reflektiert wird.

⁸ Der von Boustedt (1975) vorgeschlagene Index beruht auf dem faktischen Siedlungstyp und ist weitgehend unabhängig von politischen Verwaltungsgrenzen. Während in einigen Ballungsgebieten umliegenden Gemeinden weitgehend ihre Eigenständigkeit verloren haben (etwa Raum Köln), bestehen sie in anderen fort (etwa Raum Frankfurt). Eine Messung des Urbanitätsgrades über die politische Gemeindegrößenklasse wäre deshalb irreführend.

Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bayern) und Nord oft als empirisch bedeutsam erwiesen, ohne daß diese Dichotomie aber theoretisch hinreichend expliziert ist. Hier verwenden wir eine feinere Unterscheidung auf der Grundlage von wirtschaftlicher Situation und Siedlungsstruktur. Damit soll einerseits der „kulturellen Selbstverständlichkeit“ einer bestimmten Wohnform Rechnung getragen werden, die sich aus der Tradition einer bestimmten Region und aus der Siedlungsstruktur ergibt, andererseits der Tatsache, daß sich je nach wirtschaftlicher Situation unterschiedliche Dynamiken auf den Wohnungsmärkten ergeben. Da diese Typologie nicht unmittelbar auf der Hand liegt, andererseits aber im Gegensatz zur Nord-Süd-Unterscheidung theoretisch-konzeptionell verankert ist, soll die zugrundeliegende Argumentation im folgenden etwas ausführlicher dargestellt werden.

Die Bildung von Hauseigentum ist keineswegs allein durch das monetäre Einkommen bestimmt, wie die hohe und gestiegene Eigentumsquote der Arbeiterhaushalte zeigt. Neben der rein marktförmigen Erwerbsform, bei der die Menge des verfügbaren Geldes in Relation zu Bodenpreis und Baukosten allein entscheidend für die Möglichkeit der Eigentumbildung ist, sind Eigentumbildungsprozesse stark verbreitet, bei denen Eigenarbeit und die informelle Ökonomie von Familie und Nachbarschaft sowie die vielfältigen Qualifikationen bei manueller Tätigkeit eine entscheidende Rolle spielen. Ihre große Wirkung kann diese informelle Ökonomie allerdings nur entfalten, wenn die Bodenkosten sehr niedrig gehalten werden bzw. (im Fall der Schenkung oder Vererbung) ganz entfallen. Die hohen Eigentumsquoten bei Arbeiterhaushalten sind daher vor allem an peripheren Standorten zu finden.

Dies ist aber nur die eine Seite wachsender Eigentumsquoten. Die andere Seite ist verbunden mit steigenden Realeinkommen insbesondere der überdurchschnittlich gut verdienenden Haushalte. Diese tragen vor allem in wirtschaftlich prosperierenden Regionen mit starker Zuwanderung zu einer wachsenden Eigentumsquote bei (z. B. durch „Gentrification“). Denn bei Wohnungsknappheit kann sich eine zahlungskräftige Nachfrage vor allem durch den Kauf von Wohnungen auf dem Markt durchsetzen. Die wirtschaftliche Situation einer Region (hier: Bundesland) ist demnach eine weitere Variable, die der Eigentumbildung einen spezifischen Kontext gibt.

Die Siedlungs- und Industrialisierungsgeschichte der verschiedenen Regionen hat außerdem zu un-

terschiedlichen Traditionen der Wohnform geführt. Die rasche Industrialisierung im Ruhrgebiet, die in starkem Ausmaß mit der Zuwanderung von Arbeitskräften verbunden war, ging einher mit einem erheblich höheren Anteil an Mietwohnungen als der langsamere und spätere Industrialisierungsprozeß z. B. in Baden-Württemberg oder Bayern, der zu einer insgesamt geringeren Verdichtung führte. Andere Flächenländer weisen bis heute einen niedrigeren Industrialisierungsgrad und entsprechend eine stärker ländlich geprägte Siedlungsstruktur auf. Und im Saarland hat sich, obwohl stark industrialisiert, eine lange Tradition (der Bergarbeiter) des Wohnens im Eigenheim erhalten, weshalb dieses Bundesland heute die höchste Eigentumsquote aufweist.

Wir gehen hypothetisch daher von verschiedenen „Milieus“ beim Wohnen aus: In der einen Region ist aufgrund der Industrialisierungsgeschichte und damit verbundenen Wohntraditionen eher ein Mieter-dominiertes Milieu anzutreffen, während in einer anderen Region das Wohnen im Eigenheim eher der „Normalfall“ ist. Solche kulturellen Unterschiede können die Orientierung der Einwohner und damit ihre Einkommensverwendung beeinflussen, und zwar unabhängig von ihrer sozialen Schicht (vgl. die Unterscheidung zwischen einem „investiven“ und „konsumtiven“ Lebensstil bei Arbeiterhaushalten bei Jessen et al. 1988).

Selbstverständlich wären feinere regionale Differenzierungen notwendig, um solche Unterschiede adäquat abzubilden, als es auf der Ebene der Bundesländer möglich ist. Aber der vermutete „Kontexteffekt“ kann hier zumindest annäherungsweise berücksichtigt werden, indem einerseits die Stadtstaaten zu einer Gruppe zusammengefaßt sowie drei weitere Gruppen gebildet werden, die nach Siedlungsstruktur und wirtschaftlicher Situation unterschieden sind:

- Gruppe 1: Wenig zentralisierte, wirtschaftlich prosperierende Regionen (BW, Bayern, Hessen)
- Gruppe 2: Ländliche Regionen (Saarland, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein)
- Gruppe 3: Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg)
- Gruppe 4: Starke Urbanisierung, geringes wirtschaftliches Wachstum (NRW).

Die Ergebnisse unseres multiplen Regressionsmodells sind in Tabelle 1 zusammenfassend dargestellt. Alle betrachteten Merkmale (mit Ausnahme der Dummy-Variablen REG2) haben einen signifikanten Effekt auf die abhängige Variable (t-Werte sämtlich größer 2), und insgesamt werden im

Tabelle 1 Multiple Regression (OLS)

Var	Min	Max	N	Merkmal (Ausprägung)
WAHL	0	1	13622	WAHLABSICHT (1 = CDU/FDP)
REG 1	0	1	13622	REGION (1 = Hessen, Baden-W., Bayern)
REG 2	0	1	13622	REGION (1 = RHP, Saar, Niedersachsen, Schleswig-H.)
REG 3	0	1	13622	REGION (1 = Berlin, Bremen, Hamburg)
ALT	18	92	13606	ALTER, Befragte <R>
ZEIT	0	10	13622	ERHEBUNGSJAHR minus 1980
SCH	1	5	12924	SUBJEKTIVE SCHICHTEINSTUFUNG (1 = Unterschicht)
WOHN	0	1	13570	WOHNFORM (1 = Eigentum)
KATH	0	1	13586	RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT (1 = katholisch)
URBA	1	7	13622	BOUDSTEDT-GEMEINDETYP DES WOHNORTS
KIR	1	6	13497	KIRCHGANGSHÄUFIGKEIT (1 = mehr als einmal pro Woche)
LW	0	1	13622	EINORDNUNGSBERUF (1 = Landwirt)
SEL	0	1	13622	EINORDNUNGSBERUF (1 = Selbständige)
AFB	0	1	13622	EINORDNUNGSBERUF (1 = Akademische freie Berufe)

Zahl gültiger Fälle (für alle Merkmale) = 12745

	Haupteffektmodell			Modell mit IA-Effekten		
	b	beta	t	b	beta	t
KIR	-.068454	-.188499	-19.875	-.067953	-.187119	-19.716
SCH	.112274	.147233	17.349	.111524	.146250	17.233
ALT	.003704	.127683	14.947	.003754	.129393	15.139
SEL	.186794	.102808	12.406	.186553	.102675	12.399
KATH	.102193	.101129	11.138	.102312	.101247	11.155
WOHN	.079836	.079738	9.113	.135603	.135437	8.509
ZEIT	-.008542	-.059301	-7.288	-.008491	-.058951	-7.248
LW	.156556	.042648	5.158	.160496	.043721	5.289
URBA	-.009953	-.040138	-4.295	-.010050	-.040530	-4.334
AFB	.074288	.019134	2.330	.073155	.018842	2.296
REG1	.062708	.061608	6.012	.085299	.083802	6.213
REG2	.023756	.020077	1.949	.074192	.062702	4.497
REG3	.072993	.039345	4.353	.103443	.055758	5.303
WOHNREG1				-.057818	-.047656	-2.857
WOHNREG2				-.107699	-.072553	-4.658
WOHNREG3				.092479	-.025346	-2.489
(Constant)	.260774		8.001	.237115		7.197
Multiples r	.40434			.40622		
R Quadrat	.16349			.16501		

Haupteffektmodell 16 Prozent der Varianz der abhängigen Variablen durch die unabhängigen Merkmale erklärt. Das mag als nicht allzu hoch erscheinen, ist aber für Individualdaten und angesichts der Tatsache, daß die unabhängigen Variablen allesamt Hintergrundmerkmale (im Gegensatz zu Einstellungen und Meinungen) sind, durchaus beachtlich. Die Toleranzwerte (nicht dargestellt) liegen sämtlich über .60 und zeigen damit, daß trotz der Vielzahl von unabhängigen Merkmalen keine Multikollinearitätsprobleme vorliegen.

Das uns besonders interessierende Merkmal Wohnform hat relativ gesehen zwar einen schwächeren Einfluß auf die Wahlentscheidung als die

etablierten Erklärungsfaktoren Schicht, Kirchengangshäufigkeit und Alter, aber einen nahezu gleich starken Einfluß wie die Religionszugehörigkeit – was sich an den Beta-Koeffizienten ablesen läßt.⁹ Bei der hier gewählten 1/0-Kodierung der

⁹ Ein besseres Maß für den relativen Einfluß einer bestimmten unabhängigen Variable ist die Veränderung im Determinationskoeffizienten bei Elimination dieser spezifischen Variable. Rechnerisch ergibt sich diese Veränderung als Produkt von Toleranz und Quadrat des Beta-Koeffizienten. Da die Toleranzen hier aber nicht sehr stark differieren, führte diese Betrachtung inhaltlich im wesentlichen zum gleichen Ergebnis.

abhängigen Variablen können Prediktorwerte (für die abhängige Variable) als gruppenspezifische Wahrscheinlichkeit, für CDU/CSU oder FDP zu stimmen, interpretiert werden; analog stellen die Regressionskoeffizienten (Spalte ‚b‘) Veränderungen dieser Wahrscheinlichkeit (pro Einheit einer unabhängigen Variablen) nach oben oder unten dar. Insbesondere ergibt sich für die Variable Wohnform, die ebenfalls 1/0-kodiert ist, folgende allgemeinverständliche Interpretation des zugehörigen unstandardisierten Regressionskoeffizienten: Ceteris paribus und unter Kontrolle von Schicht- und Religionszugehörigkeit, Kirchgangshäufigkeit, Alter, Region und Urbanisierungsgrad ist die Wahrscheinlichkeit bei einem Wohnungseigner, für CDU oder FDP zu stimmen, um 8 Prozentpunkte höher als bei einem Mieter ($b = .079836$ entspricht gerundet 8%).

Im nächsten Schritt werden nun Interaktionsterme mitberücksichtigt. Mit anderen Worten, es wird untersucht, ob der Einfluß der Wohnform auf die Wahlabsicht von anderen Bedingungen unabhängig ist oder ob sich Wechselwirkungen zeigen. In einem schrittweisen Verfahren wurden alle möglichen Interaktionsterme auf ihre Wirksamkeit überprüft. Der stärkste Effekt ergibt sich für die Interaktion von Wohnform und Region, relativ zu diesem so erweiterten Modell sind die übrigen Interaktionsterme nicht signifikant.¹⁰ Daraus folgt, daß es zumindest zwischen 1980 und 1990 keine nennenswerten Veränderungen in Hinblick auf die Stärke des Zusammenhangs von Wohnform und Wahlabsicht gegeben hat (mangelnde Signifikanz des Interaktionsterm von Wohnform und Erhebungsjahr); daß – im Gegensatz zu Saunders (1990) – Wohneigentum einen von der objektiven wie subjektiven Schichteinstufung unabhängigen Einfluß auf die Wahlentscheidung ausübt; und daß dieser Einfluß in seiner Größe nicht alterskohorten- oder generationsspezifisch ist (mangelnde Signifikanz der Interaktionsterme von Schicht bzw. Alter und Wohnform). Eine Übersicht über die Schätzergebnisse für das erweiterte Modell findet sich ebenfalls in Tabelle 1.

Auf die Gesamterklärungskraft des Modells hat die Berücksichtigung der Interaktionsterme keinen nennenswerten Einfluß, der Determinationskoeffizient steigt nur sehr geringfügig. Aber die Interaktionseffekte von Wohnform und Region führen zu einer inhaltlich interessanten Detaillierung. Interaktion bedeutet ja inhaltlich, daß der Effekt der Wohnform auf die Wahlabsicht je nach Region quantitativ unterschiedlich ist. Durch eine einfache Umformung der Regressionsgleichung ergeben sich die vier folgenden regionsspezifischen Effekte für die Wohnform:¹¹

Region 1 (BW, Bayern, Hessen): .078; Region 2 (Saar, Nieders., RHP, SH): .029; Region 3 (Berlin, HB, HH): .046; Region 4 (NRW): .136.

Die Wohnform hat somit den deutlich stärksten Einfluß in Nordrhein-Westfalen, während der Einfluß dieser Variablen sowohl in den Stadtstaaten wie in den ländlichen Gebieten mit Wachstumsproblemen relativ gering ist. Diese Unterschiede sind vermutlich durch Differenzen in der Gelegenheitsstruktur („opportunity structure“) bedingt. Wohneigentum ist dann weniger indikativ für eine individuelle Disposition (bewußt oder unbewußt), wenn die Gelegenheitsstruktur nur wenig Spielraum für individuelle Entscheidungen läßt. Dies wiederum kann sowohl durch relativen Mangel (Stadtstaaten) wie durch relativ starre Besitzverhältnisse (Vererbung, wenig Wachstum) bedingt sein.

5.3 Zusammenfassende Interpretation des Regressionsmodells¹²

In unserem multiplen Regressionsmodell erweisen sich – wie in Anbetracht der vorliegenden Er-

¹¹ Mit den Schätzwerten aus Tabelle 1 läßt sich die Regressionsgleichung wie folgt schreiben:

$$\begin{aligned} \text{WAHL} = & 0.237 + 0.136 \cdot \text{WOHN} - 0.058 \cdot \text{WOHN} \cdot \\ & \text{REG1} - 0.108 \cdot \text{WOHN} \cdot \text{REG2} - 0.092 \cdot \text{WOHN} \cdot \\ & \text{REG3} + \dots \quad \text{WAHL} = 0.237 + (0.136 - \\ & .058 \cdot \text{REG1} - .108 \cdot \text{REG2} - .092 \cdot \text{REG3}) \cdot \text{WOHN} \\ & + \dots \end{aligned}$$

Für NRW haben alle drei Dummy-Variablen REGi den Wert Null, also ist der Effekt der Wohnform auf die Wahlabsicht in NRW gleich .136. Für alle anderen Bundesländer ist genau eine der drei Dummy-Variablen gleich Eins und die beiden anderen gleich Null, somit ist für diese dann .136 um den Wert des entsprechenden Koeffizienten zu modifizieren.

¹² Diese Interpretation bezieht sich auf das OLS-Modell, dessen Ergebnisse in Tabelle 1 zusammenfassend dargestellt sind. Siehe jedoch auch den Anhang, in dem die Ergebnisse eines parallelen logistischen Regressionsmodells präsentiert werden.

¹⁰ Fügt man allein den Interaktionseffekt von Urbanisierungsgrad und Wohnform dem Haupteffektmodell zu, so ergibt sich auch hier ein signifikanter, wenn auch vergleichsweise weniger bedeutsamer Schätzwert für den Interaktionsterm. Diesem Modell zufolge nimmt der Einfluß der Wohnform auf die Wahlentscheidung mit steigendem Urbanitätsgrad zu.

kenntnisse in der Wahlforschung erwartet – die Merkmale Kirchgangshäufigkeit, Schicht, Alter und Religionszugehörigkeit als relativ stärkste Einflußfaktoren auf die Wahlentscheidung zwischen CDU/FDP („rechts“) einerseits und SPD/Grüne („links“) andererseits. Ceteris paribus steigt die Wahrscheinlichkeit, „rechts“ zu wählen um 10 Prozentpunkte, wenn der/die Befragte katholisch ist; um 4 Prozentpunkte für zusätzliche 10 Jahre Lebensalter – etwa für 40jährige im Vergleich zu 30jährigen; um 11 Prozentpunkte für jeden Skalenpunkt auf der Schichtskala – etwa für Mittelschichtler im Vergleich zu Arbeiterschichtangehörigen; um 19 Prozentpunkte, wenn der/die Befragte aus einem Selbständigenhaushalt kommt; um 16 Prozentpunkte für Landwirte und um 7 Prozentpunkte für akademische freie Berufe – was die objektive Klassenlage anbetrifft, jeweils im Vergleich zu der hier nicht spezifizierten Restgruppe. Dagegen fällt die Wahrscheinlichkeit, „rechts“ zu wählen, um knapp 7 Prozentpunkte für jeden Skalenpunkt auf der Kirchgangsskala – etwa für monatliche im Vergleich zu wöchentlichen Kirchgängern oder für jährliche im Vergleich zu monatlichen Kirchgängern; und um einen Prozentpunkt für jeden Skalenpunkt auf der Urbanisierungsskala (Boustedt-Index) – also um rund 7 Prozentpunkte im Vergleich von Befragten in den kleinsten dörflichen Gemeinden zu Befragten im (Einzugs-)Bereich von Großstädten über 500 000 Einwohnern. Und schließlich fällt die Wahrscheinlichkeit, „rechts“ zu wählen – wiederum ceteris paribus, also unter Kontrolle der übrigen in das Modell einbezogenen Merkmale – um .8 Prozentpunkte pro Jahr im betrachteten Zeitraum von 1980 bis 1990.

Wohneigentum hat generell einen positiven Einfluß auf die Wahrscheinlichkeit, „rechts“ zu wählen. Am stärksten ist dieser Einfluß in Nordrhein-Westfalen. Dort haben Wohneigner im Vergleich zu Mietern eine um fast 14 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, CDU oder FDP zu wählen. An zweiter Stelle steht die ‚Wachstumsregion‘ der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Hier steigt die Wahrscheinlichkeit, rechts zu wählen, für Wohneigner um knapp 8 Prozentpunkte im Vergleich zu Mietern. Sowohl in den Stadtstaaten wie in den ländlichen Regionen mit Wachstumsproblemen ist der Einfluß von Wohneigentum auf die politische Präferenz geringer. Der Unterschied zwischen Wohneignern und Mietern beträgt hier weniger als 5 Prozentpunkte.

6. Zusammenfassung

Wir haben (in Abschnitt 4) einige Argumente dafür zusammengestellt, daß in der Bundesrepublik im Vergleich zu England ein geringerer Einfluß des Eigentümerstatus auf die Wahlentscheidung erwartet werden könne. Aber dieser Einfluß ist nicht nur statistisch signifikant – was in Anbetracht der relativ großen Stichprobe noch nicht sonderlich überraschend wäre –, sondern auch in substantieller Hinsicht bemerkenswert. Quantitativ bleibt er nicht weit hinter dem Einfluß wohlbekannter Faktoren wie Schicht, Kirchenbindung und Alter zurück. Darüber hinaus haben wir in einer vorbereitenden Analyse gezeigt, daß der Zusammenhang zwischen Wohneigentum und Wahlentscheidung nicht durch die generelle politische Disposition (gemessen mit der Links-Rechts-Skala) oder durch eine allgemeinere Wertepräferenz (gemessen mit dem Postmaterialismus-Index) erklärt werden kann. Dieser Befund stärkt die Vermutung, daß sich in diesem Zusammenhang eine subtiler zu messende Charakter- oder Persönlichkeitsstruktur ausdrückt, die sich in einem umfassenderen, nicht eng politischen Sinn als ‚konservativ‘ beschreiben läßt.

Aber dieses Ergebnis bleibt doch hinter den Behauptungen zurück, die in den kantigen Thesen in der Debatte über die Wohnungsreform im 19. Jahrhundert formuliert worden waren. Denn die Bedeutung des Status „Eigentümer bzw. Mieter“ hat sich im Laufe des gesellschaftlichen Wandels verändert. Während in der Zeit der Entstehung industriegesellschaftlicher Strukturen die Position eines Hauseigentümers bei Arbeitern in urbanisierten Regionen eine seltene Ausnahme gewesen wäre, die nur mit Hilfe „von oben“ durch besondere Begünstigungen zu erreichen war, ist sie heute einer breiten Schicht auch von Arbeiterhaushalten zugänglich – und zwar sowohl aufgrund gestiegener Realeinkommen, kombiniert mit Eigenarbeit, als auch einer Vermögensakkumulation über mehrere Generationen hinweg. Während im 19. Jahrhundert die Wohnverhältnisse für Arbeiter ein vorgegebener gesellschaftlicher Tatbestand waren, hat im Laufe der Zeit eine wachsende Zahl der Haushalte durch eigene Entscheidungen Einfluß darauf gewonnen, wie sie wohnen. Der Eigentümerstatus ist also heute eher Ausdruck einer vorgängigen Orientierung, als daß diese durch ihn geformt würde. Und je verbreiteter Hauseigentum ist, desto weniger signifikant wird der noch vorhandene Einfluß.

Dies ist an den sehr beachtlichen regionalen Unterschieden der Einflußstärke deutlich geworden. Nimmt man das Erklärungsmodell „Gelegenheitsstruktur“, dann bereiten die Stadtstaaten und die ländlichen Regionen keine Interpretationsprobleme: In der Großstadt ist es eine „kulturelle Selbstverständlichkeit“, zur Miete zu wohnen; die wenigen, die Eigentümer geworden sind, folgen entweder den Zwängen des Wohnungsmarktes oder den Gelegenheiten des Steuerrechts, verbinden damit aber keine Weltanschauung. Sie wählen entweder aufgrund anderer Faktoren ohnehin „rechts“, oder aber sie haben so dezidierte politische Einstellungen (etwa die „aufgeklärte Dienstleistungsklasse“), daß diese durch den Wohnstatus nicht beeinflußt werden. Und in den ländlichen Regionen ist es ähnlich: Hauseigentum ist eine weitverbreitete Selbstverständlichkeit, das weder eine besondere Lebensorientierung noch einen besonderen Status anzeigt.

Daß in Nordrhein-Westfalen der Einfluß am deutlichsten ist, dürfte mit der „kollektivistischen“ Tradition zusammenhängen, die diese Industrieregion geprägt haben, und die bis heute in der sozialdemokratischen Landespolitik erkennbar ist. Eigentümer wohnen dort sozusagen „gegen das regionale Milieu“, d.h. sie distanzieren sich von der regionalen Tradition. Und wegen dieser Tradition dürfen Gebiete mit Mietwohnungen und solche mit Eigenheimen auch deutlich voneinander geschiedene Milieus bilden, die den Effekt auf die Wahlentscheidung verstärken. In Baden-Württemberg und Bayern haben spätere und langsamere Industrialisierung eine dezentralere Entwicklung ermöglicht, in der die Wohntraditionen der vorindustriellen Zeit nicht so grundlegend umgeformt wurden wie in den Regionen der frühen und raschen Industrialisierung. Hauseigentümer passen sich dem regionalen Milieu also eher an, als daß sie es verlassen, wie im Fall NRW.

Literatur

- Biehuse, K.W., 1989: Wirtschaftskrise und Eigentumsbildung im Wohnungsbau. Idstein: Schulz-Kirchner.
- Boustedt, O., 1975: Grundriß der empirischen Regionalforschung. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Crewe, I., 1989: The decline of labour and the decline of Labour: Social and electoral trends in post-war Britain. Paper prepared for the Conference on Popular Power in Post-industrial Societies at the Robert F. Wagner-Institut, City University of New York.
- Dunleavy, P., 1979: The Urban Basis of Political Alignment: Social Class, Domestic Property Ownership, and state Intervention in Consumption Processes. *British Journal of Political Science* 9: 409–443.
- Forrest, R./Murie, A./Williams, P., 1990: Home Ownership, Differentiation and Fragmentation. London: Unwin Hyman.
- Häußermann, H./Lüsebrink, K./Petrowsky, W., 1990: Die Bedeutung von informeller Ökonomie und Eigenarbeit bei Dauerarbeitslosigkeit. S. 87–104 in R.G. Heinze/C. Offe (Hrsg.): Formen der Eigenarbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Häußermann, H./Siebel, W., 1981: Unpolitische Wohnungspolitik? *Leviathan* 9: 317–331.
- Inglehart, R., 1977: *The Silent Revolution*. Princeton: University Press.
- Ingelhart, R., 1990: *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: University Press.
- Jaedicke, W./Wollmann, H., 1990: Wohnungspolitik und Regierungswechsel. S. 420–436 in: B. Blanke/H. Wollmann (Hrsg.): Die Alte Bundesrepublik, Kontinuität und Wandel. *Leviathan Sonderheft* 12/91. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jessen, J./Siebel, W./Siebel-Rebell, C./Walther, U.-W./Weyrather, I., 1988: *Arbeit nach der Arbeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Karn, V./Doling, J./Stafford, B., 1986: Growing Crisis and Contradiction in Home Ownership. S. 125–150 in: P. Malpass (Hrsg.): *The Housing Crisis*. London: Croom Helm.
- Kemeny, J., 1981: *The Myth of Home Ownership: Private versus Public Choices in Housing Tenure*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Kemeny, J., 1992: *Housing and Social Theory*. London: Routledge.
- Kuechler, M., 1980: Interessenwahrnehmung und Wahlverhalten: Perspektiven und Ergebnisse der neueren Wahlforschung. *Zeitschrift für Politik* 27: 277–290.
- Kuechler, M., 1986: Wahl- und Surveyforschung. *Politische Vierteljahresschrift* 27: 194–208.
- Kuechler, M., 1992: Voting Behavior, in: E.F. and M.L. Borgatta (Hrsg.): *The Encyclopedia of Sociology*. New York: Macmillan.
- Offe, C., 1969: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Klassensysteme. S. 155–189 in: G. Kress/D. Senghaas (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Pahl, R.E., 1975: *Whose city?* London: Penguin.
- Petrowsky, W., 1992: *Arbeiterhaushalte mit Hauseigentum*. Diss. rer. pol. Universität Bremen.
- Pratt, G., 1986a: Housing tenure and social cleavages in urban Canada. *Annals of the Association of American Geographers* 76: 366–380.
- Pratt, G., 1986b: Housing consumption sectors and political response in urban Canada. *Society and Space* 4: 165–182.
- Pratt, G., 1987: Class differences in the relationship between housing tenure and political consciousness in urban Canada. S. 159–186 in: R. Harris/G. Pratt (eds.) 1987: *Housing Tenure and Social Class*. Gävle:

- The National Swedish Institute for Building Research.
- Rex, J./Moore, R., 1967: *Race, Community and Conflict*. Oxford: University Press
- Saunders, P., 1978: *Domestic Property and Social Class*. International Journal of Urban and Regional Research.
- Saunders, P., 1990: *A Nation of Homeowners*. London: Unwin Hyman.
- Schmitt, K., 1989: *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Ulbrich, R., 1980: *Verteilungswirkungen des Förderungssystems für den Wohnungsbau*. Bonn: Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Nr. 07.010.
- Ulbrich, R., 1992: *Verteilungswirkungen wohnungspolitischer Instrumente*. Darmstadt: IWU.
- Zeisel, H., 1985 (1947): *Say it with figures – Sixth Edition*. New York: Harper.

Anhang: Logistisches Regressionsmodell

Dieses Modell wurde mit der SPSS/PC Prozedur 'logistic regression' geschätzt. Die Variablen sind identisch mit denen in den OLS-Modellen im Haupttext. Die Ergebnisse sind weitgehend analog zur gewöhnlichen Regressionsrechnung. Die Quadratwurzel aus der Wald-Statistik ist funktional dem t-Wert äquivalent und kommt hier auch numerisch diesem Wert sehr nahe. Auf jeden Fall wird die Relation zwischen den einzelnen Variablen gewahrt. Dies zeigt sich auch bei den b-Werten, die hier numerisch jeweils etwa gleich dem Fünffachen des Wertes in der OLS-Schätzung sind. Deshalb kann auf die recht mühselige inhaltliche Interpretation der Werte aus der logistischen Regressionssschätzung verzichtet werden.

Number of cases included in the analysis: 12745

Initial Log Likelihood Function: 17668.246
–2 Log Likelihood

	Chi-Square	df	Significance
–2 Log Likelihood	15379.633	12728	.0000
Model Chi-Square	2288.614	16	.0000
Improvement	2288.614	16	.0000
Goodness of Fit	12785.636	12728	.0000

Classification Table for WAHL

Observed		Predicted		Percent Correct
		.00 0	1.00 1	
.00	0	4453	1904	70.05%
1.00	1	2270	4118	64.46%
			Overall	67.25%

Variables in the Equation

Variable	B	S.E	Wald	df	Sig	R	Exp(B)
KIR	–.3179	.0167	362.0509	1	.0000	–.1428	.7276
SCH	.5373	.0320	281.8600	1	.0000	.1259	1.7113
ALT	.0177	.0012	220.6874	1	.0000	.1113	1.0179
SEL	.9482	.0784	146.4042	1	.0000	.0904	2.5811
KATH	.4806	.0434	122.3585	1	.0000	.0825	1.6170
WOHN	.6264	.0764	67.2377	1	.0000	.0608	1.8708
ZEIT	–.0401	.0056	51.1683	1	.0000	–.0528	.9607
LW	.9211	.1759	27.4176	1	.0000	.0379	2.5120
URBA	–.0491	.0111	19.5611	1	.0000	–.0315	.9521
AFB	.3529	.1555	5.1524	1	.0232	.0134	1.4232
REG1	.4008	.0659	37.0112	1	.0000	.0445	1.4931
REG2	.3589	.0795	20.3701	1	.0000	.0322	1.4317
REG3	.5007	.0934	28.7569	1	.0000	.0389	1.6498
IREG1	–.2676	.0975	7.5418	1	.0060	–.0177	.7652
IREG2	–.5180	.1106	21.9196	1	.0000	–.0336	.5957
IREG3	–.4442	.1746	6.4751	1	.0109	–.0159	.6413
Constant	–1.2564	.1585	62.8711	1	.0000		